

POSITIONSPAPIER

BILDUNG

UNSERE HALTUNG

Wir sind frei und gleich an Würde geboren. Ausgehend davon soll sich jedes Kind in seinen Talenten, Neigungen und Begabungen frei entfalten können. Deshalb ist die Bildung für uns so wichtig. Sie ist der Schlüssel zu Chancengerechtigkeit.

NEOS geht von den Talenten, Neigungen und Begabungen bei allen Kindern aus. Das Bildungssystem muss daher geprägt sein von einer Zuwendung zu den Potenzialen und Talenten. Dabei haben wir einen ganzheitlichen Ansatz. Neben den Grundfertigkeiten wie Lesen, Schreiben, Rechnen oder Naturwissenschaft, die eine Selbstverständlichkeit sein müssen, geht es auch um Freude am Lernen und Lehren, um emotionale sowie handwerkliche Fähigkeiten: Hirn, Herz und Hand!

DIE HERAUSFORDERUNGEN

Wien braucht eine Bildungswende

Das Bildungssystem in Wien, wie in ganz Österreich, krankt an allen Ecken und Enden. Die Herausforderungen, die an Bildungseinrichtungen (Kindergärten und Schulen) heute gestellt werden sind enorm hoch. Auf der einen Seite haben sie die Kernfunktion der Bildung und Ausbildung der Kinder. Bezüglich einer immer größer werdenden Anzahl an Kindern versagt hier das System. Mehr als ein Viertel der Schüler_innen, die die Pflichtschule verlassen sind laut PISA Risikoschüler_innen. Das heißt mit anderen Worten: sie können nicht sinnerfassend lesen. Mehr als ein Drittel der Schüler_innen haben in einer der Kernkompetenzen Lesen, Rechnen oder Naturwissenschaften massive Defizite. Besonders brennend wird das Problem bei Schüler_innen mit Migrationshintergrund, die deutlich schlechter bei den PISA-Tests abschneiden.

Von Chancengleichheit kann in Wien nicht die Rede sein. Die zunehmende Diversität in Wien und die damit einhergehenden Herausforderungen verdichtet sich in den Wiener Schulen besonders. Mehr als die Hälfte der Volksschüler_innen in Wien hat eine nicht-deutsche Erstsprache. Selbstverständlich sprechen viele unter ihnen gut Deutsch. Viele aber auch nicht.

Ein Blick in die Bildungsstatistiken zeigt deutlich, dass es den Schulen in Wien unter den derzeitigen Rahmenbedingungen nicht gut genug gelingt, die Herausforderungen zu meistern. „Segregation“ nennen das die Experten. Das heißt nichts anderes als dass sich Schüler_innen mit nicht-deutscher Umgangssprache auf andere Schulen aufteilen als Kinder mit deutscher Umgangssprache. Viele Schulen werden so zu so genannten Brennpunktschulen. So beträgt der Anteil an Kindern mit nicht-deutscher Erstsprache in Wiens Volksschulen insgesamt rund 54%, in privaten Volksschulen jedoch nur 31%. In der Neuen Mittelschule beträgt der Anteil an Schüler_innen mit nicht-deutscher Erstsprache 63%, in den AHS-Unterstufen nur 33%. Ist die AHS-Unterstufe eine Privatschule so finden sich dort nur 22% Kinder mit nicht-deutscher Erstsprache.

Damit wird aber auch klar - und viele Experten_innen weisen seit Jahren darauf hin -, dass die Ursachen für die Probleme im Bildungsweg weniger in der Diversität oder Sprachenvielfalt an sich liegen, sondern im niedrigen Einkommen (und oftmals niedrigem Bildungsniveau) der Eltern. Dass diese Eltern generell aber zu wenig Interesse daran haben, ihren Kindern eine gute Ausbildung zukommen zu lassen, ist nicht richtig. Viele Eltern „verstehen“ das Schulsystem nicht gut genug, um sich darin selbst- und ihren Kindern verantwortlich zurechtzufinden.

Enges Korsett für Schulen

Wiener Pflichtschulen haben so gut wie keinen autonomen Spielraum. Weder können sie Schwerpunkte setzen, noch Förderkonzepte angepasst an die Problemlagen des einzelnen Standorts anbieten. Durch einen Wust an Gesetzen, Verordnungen und Erlässen sind sie geknebelt. Diese Überbürokratisierung verhindert die Selbstorganisation der Schulen und frustriert Lehrer_innen, Schulleiter_innen, Eltern wie Schüler_innen. Ressourcen - also Geld und Lehrer_innen sind dabei oft falsch eingesetzt. Viele Lehrer_innen fehlen in den Klassen, weil sie in der Schulverwaltung eingesetzt werden. Schulleiter_innen haben keinen Einfluss darauf, wer bei ihnen am Schulstandort unterrichtet. Engagierte und gute Lehrkräfte bekommen keine Belohnung, den Anforderungen nicht gewachsene Lehrkräfte wird man nicht los.

Im Zuge der Einführung der Gratis-Nachhilfe wurden den Volksschulen Poolstunden gekürzt - das waren jene Stunden, über deren Einsatz die Schulen autonom verfügen konnten. Nun müssen die Mittel für die Nachhilfestunden aufgewendet werden.

Gleichzeitig fehlt es aber an wichtigen Ressourcen um individuelle Förderung am Schulstandort anzubieten. Diese Ressourcen wären aber notwendig, um dem Anspruch, das Erlernen der deutschen Sprache bis zum Ende der Volksschule zu sichern, gerecht werden zu können.

Volksschuldirektoren_innen klagen, dass sie aufgrund der jährlich neuen Regelungen und Erlässe nicht einmal mehr über den Zeitraum der vier Bildungsjahre eines Kindes planen können. Einzigartig in Österreich wie in Wien ist, dass die Schulen über keinerlei mittlere Verwaltungsebene oder über ein Sekretariat verfügen. Das heißt, dass Lehrer_innen und Schulleiter_innen selbst viel Zeit und Energie auf Verwaltungstätigkeiten verwenden müssen - auf Kosten ihrer Kernaufgaben.

Parteibuchwirtschaft und aufgeblähte Schulverwaltung

Auch wenn dies von SPÖ und ÖVP gerne zurückgewiesen wird: Schulleiter_innen werden in Wien immer noch häufig nach Parteibuch oder Parteinähe bestellt. Ebenso aufgestellt ist die Schulverwaltung - der Stadtschulrat und die MA56. Der Stadtschulrat (eigentlich eine Bundesbehörde) wird selbstverständlich von den im Gemeinderat vertretenen Parteien beschickt. Im Beirat sitzen selbstverständlich die Sozialpartner. Anstatt einer Qualitätssicherungsagentur stellt die Schulverwaltung ein Versorgungsbiotop für Parteigänger_innen dar.

Vom System überforderte Eltern

Die Debatte um die Qualität der Schulen hat die Eltern erreicht. Angesichts der Herausforderungen einer globalisierten Wissensgesellschaft haben die Eltern Angst, ihrem Kind nicht die beste Bildung und Ausbildung mitzugeben. Dem Schulsystem stehen sie mit größerer Skepsis und Ablehnung gegenüber. Man fühlt sich im Stich gelassen. Viele Eltern wissen, dass die Schulen schon längst nicht mehr alle Kinder mitnehmen können. Die Angst, dass es das eigene Kind treffen könnte, ist da. Umso stärker wird der Drang seinem Kind einen Privatschulbesuch zu ermöglichen, da das Vertrauen ins öffentliche Schulsystem sinkt. Ebenso stark ist dadurch der Drang in die AHS. Eltern investieren in Wien mittlerweile durchschnittlich 745 Euro pro Jahr in Nachhilfe (österreichweit sind es nur 576 Euro).

Eltern aus bildungsfernen und einkommensschwachen Schichten durchschauen das Bildungssystem zum Teil gar nicht. Wenn das Kind im Unterricht nicht mitkommt und den Eltern nahegelegt wird, das Kind auf eine Sonderschule zu schicken, so tun diese das, zum Teil auch, weil sie nicht genug Deutsch sprechen um zu verstehen, was das heißt. Aufgrund von schlechten Einkommensverhältnissen und Berufstätigkeit beider Elternteile werden Aufgaben an die Schule delegiert, die diese nicht wahrnehmen kann.

Solange Kinder die Unterrichtssprache Deutsch nicht beherrschen, haben sie keine Möglichkeit dem Unterricht zu folgen und werden demzufolge keine Freude am Lernen haben. Das Erlernen der Unterrichtssprache darf nicht auf freiwillige Übungen am Nachmittag ausgelagert werden. Es muss verpflichtend sein - d.h. ein Teil der Schulpflicht/Bildungspflicht sein.

Herausforderung: Vereinbarkeit Familie und Beruf

Immer mehr Eltern sind berufstätig. Auch das stellt Wiener Bildungseinrichtungen vor Herausforderungen. Das beginnt bei den Kinderkrippen. Eltern müssen schon vor/bei Geburt des Nachwuchses einen Kinderkrippen oder Kindergartenplatz sichern, oft befindet er sich nicht in Wohnnähe. Plätze für Ein- bis Dreijährige sind noch nicht selbstverständlich. Besonders schwierig ist es für arbeitssuchende Frauen einen Betreuungsplatz (der eigentlich Bildungsplatz heißen sollte) zu finden: Da die Nachfrage - nicht zuletzt durch den Gratis-Kindergarten in Wien - sehr hoch ist, müssen Mütter nachweisen, dass sie den Platz brauchen aufgrund von Berufstätigkeit. Gleichzeitig müssen sie aber, um beim AMS als arbeitssuchend gemeldet zu sein, nachweisen, dass sie für den Arbeitsmarkt tatsächlich zur Verfügung stehen - also einen Kinderbetreuungsplatz nachweisen.

Ähnlich ist es in den Schulen: Ganztagesplätze fehlen oft. Und während im Kindergarten das Kind bis zum Nachmittag betreut wurde, stehen Eltern von Volksschulkindern oft vor der Herausforderung, dass die Schule um 12 Uhr endet. Auch in den Schulen ist die Verfügbarkeit einer Ganztagesbetreuung oftmals daran geknüpft, dass beide Elternteile berufstätig sind. Diese Koppelung muss generell hinterfragt werden, zumal auch Selbständigen bisweilen attestiert wird, dass man sich die Zeit flexibler einteilen könne.

Besonders herausfordernd sind neun Wochen Schulferien im Sommer. Um aber den Bedarf an Kindergartenpädagog_innen zu decken, der in Wien sehr groß ist, schließt die Stadt Wien Horte. Das mag gerechtfertigt sein, wenn im gleichen Ausmaß ganztägige Schulen massiv ausgebaut werden - Tatsache ist aber, dass anders als die Schulen auch die Horte im Sommer Betreuung anbieten.

Herausforderung: Diversität

Kulturelle und sprachliche Vielfalt in Wiens Schulen ist längst Realität. Die Rahmenbedingungen hinken hinterher. Längst ist bekannt, dass das Erlernen von Deutsch als Zweitsprache auch ein Erlernen der Erstsprache voraussetzt. Wiens Bildungseinrichtungen reagieren nur sehr langsam auf diese Herausforderungen. Der „Schatz“, der in der Erstsprache liegt, wird nicht gehoben. Lehrkräfte sind weit weniger divers als Schüler_innen. Auf den Umgang mit Diversität werden sie ungenügend vorbereitet. Die Idee der besseren Durchmischung ist verlockend, in der Realität entscheidet sich die Frage anhand des Wohnorts.

Kleine Kinder brauchen wohnortnahe Bildungseinrichtungen. Bei älteren Schüler_innen könnte die Stadt durch freiwillige Angebote strategischer steuern.

Dass im bestehenden Schulsystem viele Kinder mit Migrationshintergrund auf der Strecke bleiben (niedrigere Abschlüsse haben, höhere Rate an Schulabbrecher_innen,..) ist nicht gerecht und zeigt auf, wie das System scheitert. Das ist eine Verantwortungslosigkeit der Politik diesen jungen Menschen gegenüber.

Wie auch im Positionspapier Diversität umrissen, ist es notwendig den Blick darauf zu richten, in welchen Zuwanderungsgruppen besondere Herausforderungen bestehen. So zeigt es sich, dass vor allem Schüler_innen mit türkischem Migrationshintergrund ein deutlich niedrigeres Schulbildungsniveau aufweisen als Schüler_innen anderer Herkunftsländer. Besonders problematisch ist, dass auch die Kinder der zweiten Generation keine höheren Bildungsabschlüsse erreichen als die erste Generation.

Herausforderung: fehlende Wertschätzung und Defizitorientierung

Der Großteil der Pädagog_innen in Wien leistet angesichts der Herausforderungen hervorragende Arbeit. Auch die Eltern nehmen ihre Bildungsverantwortung wahr - oftmals mit hohen Kosten. Durch die Nicht-Reformen im Bildungsbereich ist insgesamt eine Unzufriedenheit entstanden, die auf Lehrer_innen, Schüler_innen und Eltern abfärbt. Die Arbeit von Schüler_innen, Eltern und Lehrkräften wird nicht genug wertgeschätzt. Besonders problematisch ist die Orientierung an den Defiziten der Schüler_innen. Dort hinein fließen alle Energien und enorme Ausgaben für Nachhilfe. Gleichzeitig bleiben aber Neigungen und Begabungen ungefördert auf der Strecke.

Herausforderung: zu große Klassen

Die durchschnittliche Klassengröße in den Pflichtschulen Wiens (Statistik Austria 2012) liegt über dem österreichweiten Durchschnitt. In der Volksschule liegt der Durchschnitt bei 21,7 Kindern weit über dem österreichweiten Schnitt von 18,4 Kindern, in vielen Klassen wird auch die Klassenschüler_innenhöchstzahl von 25 Kindern erreicht. Besonders in den 1.Klassen führt das zu einer erheblichen Benachteiligung in Wien.

In den letzten 10 Jahren hat sich in Wien als einzigem Bundesland die Zahl der Erstklässler um 7,4% erhöht, während sie österreichweit um 11,6% zurückgegangen ist. Das bedeutet über viele Jahre um einiges mehr Kinder in einer Schulklasse als in anderen Bundesländern. Im Mittelstufenbereich liegt Wien bei 22 Kindern pro Klasse, österreichweit nur bei 20 Kindern.

Der Realität ins Auge schauen: Die Neue Mittelschule ist gescheitert

Wien ist das einzige Bundesland, in dem mehr Schüler_innen, 55% nach der Volksschule eine AHS-Unterstufe besuchen, österreichweit sind es nur 35%. Der Trend zur AHS konnte durch die Neue Mittelschule nicht gestoppt werden. Sie hat die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Es wäre dringend nötig einzugestehen, dass sie gescheitert ist. Hunderte Risikoschüler_innen landen so in der AHS, die nicht auf Förderung jedes/jeder einzelnen ausgerichtet ist. 5,6% der Jugendlichen - vorwiegend Burschen mit Migrationshintergrund in Wien - haben nach neun Pflichtschuljahren keinen Schulabschluss. 55 % der Arbeitslosen in Wien verfügen über keinen oder lediglich über einen Pflichtschulabschluss.

Nahstellen als Druckpunkte

Gerade an den Übergängen zwischen den einzelnen Schultypen zeigt sich die Schiefelage des ganzen Systems. Die Übergänge zwischen Kindergärten und Volksschule, zwischen Volksschule und der so genannten Sekundarstufe 1 (5. Schulstufe mit 10 Jahren) und zwischen 9. und 10. Schulstufe sind harte Schnittstellen, die alle Beteiligten unter Druck setzen. An der Schnittstelle zwischen Kindergarten und Volksschule sind zwar durch das letzte verpflichtende Kindergartenjahr insbesondere bei der Frage der Deutschkenntnisse Verbesserungen eingetreten, ein Jahr reicht aber nicht aus um noch bestehende Defizite in Deutsch auszugleichen. In der Volksschule aber bleibt für die Deutschförderung zu wenig Zeit. Das Defizit schleppt man also mit. Beim Übergang zwischen Volksschule und Sekundarstufe 1 wird der Druck immer höher, den Zugang zum Gymnasium doch zu erreichen. Nicht zuletzt auf Lehrkräfte, die den Kindern die Zukunft durch schlechte Noten nicht „verbauen“ wollen bzw. sollen. Bei der letzten Nahtstelle entscheidet sich oft die Zukunft: einige fallen aus dem System als Schulabbrecher_innen. Gerade an den Nahstellen findet eine Selektion und Segregation statt - oft aufgrund von sozialen Ursachen.

Attraktivität der Lehre erhöhen

Die Attraktivität der Lehre ist in Wien wesentlich geringer als in den westlichen Bundesländern, wie sich bei den Internationalen Lehrlingswettbewerben immer wieder zeigt, aktuell bei den EUROSILLS 2014. Die Anzahl der Schüler_innen an Berufsschulen hat deutlich an Besucher_innen verloren. In Wien kommt auch der AHS-Oberstufe mehr Gewicht zu als der BHS, was auch auf den hohen Anteil von Kindern in der AHS-Unterstufe zurückzuführen ist.

Der Mangel an Fachkräften im Bereich Technik und IT lässt sich einerseits darauf zurückführen, andererseits ist die Berufsorientierung an den Schulen nicht ausreichend genug, damit Schüler_innen diese Berufe als zukunftsträchtig erkennen. Eine entsprechende Fähigkeit zur Selbstreflexion stellt eine notwendige Voraussetzung zur Berufsentscheidung dar.

UNSERE VISION

Unsere Vision ist, dass Schulen flexibel und autonom sich den Gegebenheiten und Herausforderungen am Schulstandort anpassen und somit entwickeln können. Unsere Umgebung und unsere Welt ändert sich rasant. Durch das digitale Zeitalter findet eine wahre Wissensexplosion statt. Schulen als Organisationen wie auch beteiligte Personen müssen sich bei den Herausforderung gut zurecht finden.

In unserer Vision sind ausreichend Ressourcen da sind, um individuelle Förderung und Forderung zu gewährleisten. Teure Bürokratie und Parteibuchwirtschaft sind zurückgedrängt. Kindergärten und Kinderkrippen werden als erste Bildungseinrichtungen anerkannt. Sie verfügen über kleinere Gruppen und einem besseren Schlüssel zwischen Pädagog_innen und Kindern. Die Zusammenarbeit mit den Volksschulen ist verbessert, die gemeinsame Ausbildung der Pädagog_innen für die Drei- Zehnjährigen ermöglicht ein grundlegendes Verständnis von Elementarpädagogik.

In den Schulen begegnen sich Eltern, Schüler_innen und Lehrer_innen auf Augenhöhe. Die Bildungsarbeit findet in den Schulen statt, die Eltern nehmen ihre Bildungsverantwortung wahr.

Jedes Kind in dieser Stadt kann mehr als zwei Sprachen. In Wien werden viele Sprachen gesprochen. Diese Vielfalt wird mittlerweile geschätzt und im schulischen Bereich entsprechend gefördert.

Durch die gute Ausbildung der 10-15 Jährigen an einer Schule auf Augenhöhe, die auf die Talente jedes und jeder einzelnen eingeht, ist mehrheitlich einen Lehrplatz, der den Interessen und Fähigkeiten von Jugendlichen entspricht gesichert. Ein weiterer berufsorientierter Bildungsweg wird erfolgreich möglich. Schulen sind frei in ihren Gestaltungsmöglichkeiten und verfügen über Planungssicherheit sowie Entscheidungsspielräume, um das Potenzial von Lehrkräften und Schüler_innen besser heben zu können und neuen Herausforderungen unserer Gesellschaft besser und schneller gerecht zu werden.

Das Angebot an Schulen ist gestiegen. Private Schulen werden wie öffentliche oder konfessionelle Privatschulen gleichbehandelt. So genannte Brennpunktschulen sind durch erhöhte finanzielle Mittel besser ausgestattet.

Autonome Schulen: Freie Schulwahl ohne Schulgeld

Kindergärten und Schulen sind autonom. Schulautonomie bedeutet, dass es entlang der Losung „Gemeinsames Ziel, vielfältige Wege“ einen einheitlichen (Qualitäts-) Rahmen für alle Schulen gibt (vgl. u.a. „Mittlere Reife“ weiter unten). Innerhalb dieses Rahmens haben Schulen aufgrund schulspezifischer, standortspezifischer bzw. (human-)ressourcenbedingter Gegebenheiten die Möglichkeit, Gestaltungsfreiräume in Verbindung mit hoher Eigenverantwortung zu nutzen.

Bildungseinrichtungen haben Autonomie in dreifacher Hinsicht: in pädagogischer, in personeller und in finanzieller. Das bedeutet, dass Lehrer_innen an den Schulen angestellt werden und eigene Wege am Schulstandort gehen können und so auch besser auf individuelle Förderung und Forderung der Schüler_innen eingestellt sind.

Die Finanzierung erfolgt über einen Mix aus Subjektfinanzierung („Das Geld folgt dem Schüler/der Schülerin“) und einer indexbasierten Finanzierung am Schulstandort (nach sozialen oder regionalen Kriterien). So genannte Brennpunktschulen bekommen so mehr Geld.

Die Schulen bekommen Ziel- und Qualitätsvorgaben, die sie einhalten müssen. Überprüft wird das durch eine wienweite Bildungsserviceeinrichtung des Bundes, deren Aufgabe die Qualitätsentwicklung und -sicherung ist. Dieses „Bildungsservice Wien“ ist entparteipolitisiert und ersetzt den Stadtschulrat.

Privatschulen sind öffentlichen (und konfessionellen Privatschulen) gleichgestellt: sie erhalten - so sie einen Vertrag mit der öffentlichen Hand abschließen und sich so den Ziel- und Qualitätsvorgaben unterwerfen die Mittel aus der Subjektförderung und einer indexbasierten Finanzierung. Dadurch gibt es mehr Angebot an Schulen, die Schulwahl ist frei.

Die Elementarpädagogik ist der wichtigste Baustein für die Bildung

Für alle Kleinkinder bis 4 Jahre stehen in ausreichender Zahl Einrichtungen für Betreuung, Erziehung und Bildung zur Verfügung. Die Gruppengrößen und die menschlich-fachliche Qualität der Pädagog_innen ermöglichen eine ideale Form der individuellen Zuwendung und der Ruhe. Die Räume entsprechen diesen Erfordernissen.

Alle Pädagog_innen werden auf tertiärem Niveau ausgebildet und entsprechend ihrer Verantwortung bezahlt.

Kinder lernen am effizientesten voneinander - ganz besonders auch Sprachen.

Die unverschulte, PISA- und bildungstechnokratenfreie „erste Bildungseinrichtung“ ab vier Jahren beendet den Kindergartenstreit, da der Bund für diese Einrichtung die gestalterische und finanzielle Verantwortung übernimmt.

Der Übergang in das schulische Lernen erfolgt behutsam und individuell, eine „Schuleingangsphase“ ermöglicht jedem einzelnen Kind auf seinem Entwicklungs- und Wissensstand abgeholt zu werden. Das letzte Kindergartenjahr und die beiden ersten Schulstufen werden als Einheit gesehen.

Die Volksschule als Garant für das Erlernen der Kernkompetenzen

Alle Schüler_innen erreichen das Lernziel der Volksschule, die an jedem Schulstandort wahlweise auch als Ganztageschule mit verschränktem Unterricht (er ist nach lernpsychologischen Grundsätzen gleichmäßig auf die Zeit zwischen 8 und 16 Uhr verteilt) geführt wird - inklusive längerer Pausen, in denen sich die Kinder unter Aufsicht frei bewegen können. Benachteiligte Kinder erfahren auf jeder Schulstufe jene individuelle Betreuung, die sie benötigen. Ein kompetentes Team von Sozialpädagog_innen, Sozialarbeiter_innen und Coaches unterstützt diese Arbeit.

Schule auf Augenhöhe: Schüler_innen, Lehrpersonen und Eltern verstehen sich als Team und lernen voneinander und miteinander. Der Unterricht erfolgt in einer Methodenvielfalt, die kindgemäßes und sachgerechtes Arbeiten möglich macht.

Künstlerische Unterrichtsfächer und die handwerkliche Bildung werden gestärkt. Der Unterricht im Sachunterricht (technischer Bereich) gekoppelt mit Werkerziehung wird neu gedacht. Hier wird die Basis für das Interesse an technischen Berufen für die Zukunft grundgelegt. Neue Medien werden selbstverständlich im Unterricht eingesetzt.

Es wird darauf geachtet, dass Schüler_innen genug Möglichkeit zur Bewegung im Laufe des Schultages haben. Ein entsprechendes Sportangebot am Nachmittag, auch von Vereinen angeboten und eine entsprechende Gestaltung der Freiräume an den Schulen machen das möglich.

„Die mündige Mittelschule - Der Bildungsweg zu dir“ für die Schule aller 10-15 Jährigen

Alle Schüler_innen besuchen ab der Sekundarstufe 1 die „Die mündige Mittelschule“. Da in ihr gleichrangig Hand, Herz und Hirn gebildet werden, gibt es keine unbegabten Schüler_innen.

Schule auf Augenhöhe bedeutet in der Sekundarstufe, dass auch hier Lehrpersonen und Schüler_innen trotz Leadership der Lehrer_innen von und miteinander lernen. Dieser respektvolle Umgang führt zu einer guten Beziehung zwischen den Schulpartnern. Eine gute Beziehung ist für den Lernerfolg unerlässlich.

Schüler_innen erhalten früh zwecks Berufsorientierung praktische Einblicke in die Arbeitswelt. Sie bekommen auch ein entsprechendes Rüstzeug im Bereich Wirtschaft und Finanzen (financial literacy) um ihre Kaufentscheidungen entsprechend fundiert treffen zu können.

Mit 15 Jahren legen die Schüler_innen die Mittlere Reife ab. Diese sichert die Fähigkeit der Schüler_innen, eine weiterführende Schule zu besuchen oder eine Lehre in einem Qualitätsbetrieb beginnen zu können. Es herrscht (wie auf allen Schulstufen) eine gute Disziplin, da die Lehrpersonen im „Abhalten eines störungspräventiven Unterrichtes“ durch Lehrer_innenaus- und fortbildung geschult sind.

Was man „künftig im Leben brauchen“ wird, lässt sich heute nicht mit Bestimmtheit sagen. Zweifelsfrei aber wird die Fähigkeit des „Verknüpfens“ in einer immer komplizierter werdenden, globalisierten und digitalisierten Welt zunehmend unverzichtbar. Bildung stärkt die Fähigkeit, das Leben eigenständig zu meistern und Freude am Leben zu haben. Ganz egal in welcher Form. Darauf wird der Lehrplan der Zukunft ausgerichtet sein.

Die Schulverwaltung wird neu gedacht

Die Rahmenvorgaben kommen vom Bund, die Umsetzung erfolgt direkt an den Schulen oder in Kooperation mit dezentralen Bildungsregionen („Bildungsservice Wien“ - siehe oben). Die Mittelvergabe geschieht auf Basis einer Subjektförderung und einer indexbasierten Standortfinanzierung.

Die umfangreichen Verwaltungsarbeiten, die für Lehrpersonen und Schulleiter_innen anfallen, binden einen großen Anteil an Zeit und Energie. Sie werden entlastet von administrativen Aufgaben und können sich den pädagogischen Herausforderungen widmen.

Schulen bekommen zusätzliche Ressourcen personeller oder finanzieller Art, um Schüler_innen in kleineren Gruppen und/oder mit Zusatzangeboten, besonders auch im Spracherwerb individuell fördern zu können. Diese Ressourcen werden auch die Lehrpersonen beim „Abhalten des störungspräventiven Unterrichts“ jederzeit unterstützen.

Schulstandorte sind Grätzelzentren

Schulen sind Orte der Kommunikation in unmittelbarer Wohnumgebung für alle an Bildung Beteiligten. Unterschiedliche Freizeitangebote werden an den Standorten ebenfalls angeboten. Schulen unterstützen Familien bei ihren vielfältigen Herausforderungen.

Für Eltern in Wien ist gesichert, dass ihr Kind an jedem Standort die bestmögliche Bildung ohne zusätzliches Schulgeld erhält. Campusmodelle kommen diesem Ziel näher, es besteht die Möglichkeit für fließende Übergängen zwischen Kindergarten und Volksschule.

Die Schulen sind geöffnet auch in den Ferien. Bundes- und Landesschulen kooperieren und sind wechselseitig offen. Unterrichtsfreie Zeiten und Räume werden bspw. für Erwachsenenbildung genutzt. Sportanlagen werden auch in schulfreien Zeiten geöffnet und sind für Vereine und Bürger_innen zugänglich.

Die Eltern ins Boot holen

Die Bildungsarbeit passiert in den Schulen. Eltern müssen dabei aber ihre eigene Bildungsverantwortung wahrnehmen. Sie sind informiert und wissen um die vielfältigen Angebote an Schulen Bescheid.

LEITLINIEN UND MASSNAHMEN

Am Anfang steht die Elementarpädagogik (Kindergärten, Kinderkrippen, Kindergruppen, Tagesmütter/-väter)

- Bundeseinheitliche Qualitätsstandards für elementarpädagogische Einrichtungen
- Bundeseinheitlicher Bildungsrahmenplan
- Flexibler Betreuungsschlüssel in elementarpädagogischen Einrichtungen um entsprechende Defizite in Sprache, Motorik und Sozialverhalten erfolgreich abbauen zu können
- Stufenweises Heranführen an einen Betreuungsschlüssel für Kleinkinder von 1:4
- Bundeseinheitliche Qualitätsstandards für Fort- und Weiterbildung von Elementarpädagog_innen und Helfer_innen

- Umwandlung der BAKIPs in Berufsbildende Höhere Schulen als Basis für Berufe im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich sowie Ausbildung von Assistenzkräften
- Anschließende Fachausbildung auf tertiärem Niveau für Elementarpädagog_innen an den pädagogischen Hochschulen
- Bessere Qualifizierungs- und Nachqualifizierungsangebote für Berufsumsteiger_innen
- Anhebung der Bezahlung der Elementarpädagog_innen mit bundesweiter Regelung, um einer Abwanderung in besser bezahlende Bundesländer oder besser bezahlte Jobs vorzubeugen
- Die Anerkennung von einschlägigen ausländischen Bildungsabschlüssen ermöglicht die Arbeit von mehrsprachigen qualifizierten Pädagog_innen.
- „Wiener Aktionsplan: Mehr Männer in die Elementarpädagogik“: Der Anteil von Männern im Bildungsbereich wird durch entsprechende Maßnahmen (Reform der Ausbildung und der Bezahlung) sowie Aufklärungsmaßnahmen erhöht.
- Bessere Sprachförderung: Evaluierung der bisherigen Instrumente der Sprachstandsfeststellung; Einrichtung einer wienweiten anonymisierten Dokumentation der erhobenen Kennwerte, um Entwicklungen dokumentieren zu können
- Stärkerer Einsatz muttersprachlicher Pädagog_innen
- Gezielter Fokus auf altersgerechte Vermittlung von naturwissenschaftlichen und technischen Inhalten

Eine verlässliche Volksschule

- Eltern erhalten bei Schuleinschreibung und an den nachfolgenden Nahstellen eine Bildungsberatung (auch in der Erstsprache).
- Es muss gesichert sein, dass alle Kinder das Lernziel erreichen. Das Üben der Grundkompetenzen findet auf allen Schulstufen verlässlich statt.
- Im Rahmen der Lehrer_innenbildung NEU muss das neue Verständnis von Schule in organisatorischer, wissenschaftlicher, pädagogischer und finanzieller Hinsicht im Zentrum stehen.
- An best practice-Modellschulen werden Studierende für diese Aufgaben praxisorientiert geschult.
- Die Qualifikation der Pädagog_innen für die Arbeit mit Kindern mit anderen Erstsprachen muss verbessert und den aktuellen Erkenntnissen der Zweitsprachendidaktik angepasst werden.
- Verstärkter Fokus auf mathematische, naturwissenschaftliche und technische Inhalte

- Gleichwertige Unterstützung privater Schulinitiativen fördert das Angebot. Ein umfassenderes Angebot an Schulprofilen ermöglicht Eltern eine breitere Schulauswahl in Wohnortnähe.
- Schulen stehen bei der Einschreibung in engem Austausch und achten auf eine Ausgewogenheit der Angebote. Neue Wege bei der Schuleinschreibung von Schulen im Wohngrätzel können zu einer Klassenzusammensetzung führen, die die Lern- und Arbeitsbedingungen für alle verbessern.
- Bei der Schuleinschreibung in die Sekundarstufe 1 erhalten Eltern wiederum eine Bildungsberatung, die bei der Suche nach dem passenden Schulprofil für das jeweilige Kind unterstützen soll. Wie positive Erfahrungen in Schweden zeigen, können auch stadtteilübergreifende Kooperationen von Schulen bei Schuleinschreibung zu einer Verbesserung der Durchmischung beitragen.

Mittlere Reife ermöglicht gelungene Berufswahl

- Die Berufsorientierung muss in allen Schultypen ausgebaut und von Expert_innen durchgeführt werden, so dass die Jugendlichen zum Zeitpunkt der Mittleren Reife über eine persönliche Grundorientierung ihrer Fähigkeiten und Neigungen bezüglich weiterer Schul- oder Berufswahl Bescheid wissen.
- Konsequentes Vorbereiten der „Mittleren Reife“, Gestaltung des Unterrichts so, dass die Qualität der Mittleren Reife notendumpingfrei gesichert ist.
- Verstärkter Fokus auf MINT-Fächer (Mathematik, Informationstechnologien, Naturwissenschaften, Technik)
- Es gibt ein Fortbildungs(an)gebot für Lehrpersonen im „Abhalten des störungspräventiven Unterrichtes“, ohne den es keinen funktionierenden Fachunterricht gibt.
- Privatfirmen, die Lehrlinge ausbilden, sollen sich zu Pools zusammenschließen können, um ihre Ressourcen optimal zu nutzen und um den Lehrlingen vielfältige Perspektiven und (Umstiegs)chancen zu ermöglichen.
- Lehrlinge können analog den Schüler_innen und Studierenden Auslandsaufenthalte absolvieren und sollen dieses Angebot auch verstärkt annehmen.
- Klarer Fokus der Stadt Wien auf Förderung von betrieblichen Lehrstellen statt auf praxisfernen überbetrieblichen Lehrwerkstätten
- Die Anzahl der Schulabbrecher_innen muss durch rechtzeitiges Coaching mit entsprechenden Förderprogrammen verringert werden.
- Die Möglichkeiten für „Lehre mit Matura“ müssen erweitert und kostenfrei für alle angeboten werden. Oberstufenmodelle mit Berufsabschluss und Matura müssen ausgebaut werden.

- Die Lehrabschlussprüfung zum „Abschluss mit Anschluss“ aufwerten: Berufsakademien einrichten mit Bachelorprogrammen, die auf der Lehrabschlussprüfung statt auf der Matura aufbauen. Diese Bachelorprogramme starten praktisch-fachlich auf höherem Niveau als andere Hochschulen und dafür theoretisch-allgemeinbildend auf einem niedrigeren Niveau, um die Vor- und Nachteile der Lehre gegenüber einer höheren Schule zu berücksichtigen.
- Manuelle Hochbegabung muss in der Schule und in der Lehrlingsausbildung entsprechend gefördert werden.

Schulverwaltung neu gedacht

- Schulleiter_innenbestellungen erfolgen transparent und objektiv - ohne Rücksicht auf das Parteibuch. Eine Ausbildung, die vor allem die Fähigkeit zur Verwirklichung einer umfassenden schulischen Feedbackkultur und allgemeines Leadership vermittelt, wird vor einer Bewerbung absolviert.
- Berufsbegleitende Fortbildungsmöglichkeiten ermöglichen die Umsetzung von SQA-Prozessen an Schulen. Die Einteilung in „rote“ und „schwarze“ Schulen entfällt, umfassende fachlich/organisatorische „Potenz ersetzt Parteibuch“!
- Für die administrativen Aufgaben steht am Schulstandort entsprechendes Personal mit sehr guten EDV-Kenntnissen (eventuell in Kooperation mit Jugend am Werk oder AMS) zur Verfügung, das Ausmaß ist abhängig von der jeweiligen Größe der Schule.
- Sozialarbeiter_innen, Sozialpädagog_innen unterstützen nach Bedarf die Arbeit an allen Standorten. Lehrer_innen sind so open minded wie möglich und nehmen Unterstützungsangebote an. Fördermaßnahmen an Schulen werden als integrativer Teil der täglichen Arbeit gesehen.

Der Schulraum als dritter Pädagoge

- Lehrpersonen und Direktor_innen werden in die Planung und Gestaltung von neuen Schulen von Beginn an miteinbezogen.
- Die Sanierung von vorhandenem Schulraum muss neben der Substanzsanierung auch auf neue pädagogische Erfordernisse sowie auf die Notwendigkeit von ausreichenden Arbeitsplätzen für die Lehrkräfte Rücksicht nehmen.
- Setzen von Maßnahmen, um den Lärm in den Klassenräumen zu mindern.
- Leer stehende Räume werden für temporäre Einzel- und Gruppenförderung und als Rückzugszone (Ganztagesschulen) genutzt. Bei Neubauten von Schulen soll die Errichtung solcher Räume (Campusmodelle) Standard werden.

- Im Rahmen von Architekturbewerben werden neue, kreative Lösungen für die Freiraumgestaltung gefunden.
- Die Möglichkeiten für Bewegungsräume werden erweitert und entsprechend so ausgestaltet, dass sie auch außerschulisch genutzt werden können. Solche Umgestaltungen bieten auch die Möglichkeit Bürgerinnen und Bürger, Kinder und Eltern in die Planung miteinzubeziehen.
- Schaffen von Freiräumen am Schulstandort (Schulhöfe, Schulgärten) oder in seiner unmittelbaren Nähe (Parkanlagen, Feiflächen), um vermehrtes Erfahrungslernen im Bereich Natur zu ermöglichen, das für Kinder im städtischen Bereich oft sonst nicht möglich ist.

Modellregion: Autonome Schule - als erster Schritt

In einem Teil Wiens wird eine Modellregion für autonome Schulen nach dem Prinzip des Opt-In eingerichtet.